

Erhard Denninger

Verfassungsrechtliche Fragen des Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung



Nomos

Forum Energierecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Hans-Joachim Koch
Prof. Dr. Alexander Roßnagel
Priv.-Doz. Dr. Jens-Peter Schneider
Prof. Dr. Joachim Wieland

Band 2

Erhard Denninger

Verfassungsrechtliche Fragen des Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung

Unter Mitarbeit von Thomas B. Petri



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Die Drucklegung des Bandes wurde durch eine finanzielle Förderung seitens des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ermöglicht.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich. (<http://www.ddb.de>)

ISBN 3-7890-6688-5

1. Auflage 2000

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2000. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der photomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

I.	Die Problemstellung	11
1.	Eckdaten eines möglichen Ausstiegsgesetzes	11
2.	Die nachträgliche Befristung von Anlagenehmigungen nach § 7 AtG	13
II.	Die Verwirklichung der Ausstiegsentscheidung durch parlamentarisches Gesetz	14
III.	Gebot der Aufrechterhaltung der Kernenergienutzung aufgrund höherrangigen Rechts?	18
1.	Kompetenzvorschriften des Grundgesetzes als Verfassungsgebote zur Aufrechterhaltung der Kernenergienutzung?	18
2.	Gemeinschaftsrechtliches Gebot zur friedlichen Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland?	24
a)	Kein gemeinschaftsrechtliches Ausstiegsverbot	24
b)	Verbot der Wiederaufbereitung als gemeinschaftsrechtskonformes Gestaltungsmittel nationaler Kernenergiepolitik	32
IV.	Zur Frage der Grundrechtsfähigkeit der Energieversorgungsunternehmen und ihrer Betreibergesellschaften	41
V.	Der gegenständliche Schutzbereich der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezüglich der Kernkraftwerke	47
VI.	Die nachträgliche Befristung atomrechtlicher Genehmigungen als Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums im Sinne von Art. 14 Abs.1 Satz 2 GG	51
1.	Bisherige Unsicherheiten und Differenzen in der verfassungsrechtlichen Eigentumsdogmatik	51
2.	Die Entwicklung der Eigentumsdogmatik in der Verfassungsrechtsprechung und ihr gegenwärtiger Stand	53
VII.	Verfassungsrechtliche Anforderungen an ein Ausstiegsgesetz, I: Der abstrakte Maßstab	63

Inhaltsverzeichnis

1. Die Bedeutung der Unterscheidung von Legalenteignung und Inhalts- und Schrankenbestimmung	63
2. Gemeinwohlgründe für eine Ausstiegsregelung.	65
a) Sicherheitsgewährleistung und Risikominimierung	66
b) Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen , auch für die „Nachwelt“	68
c) Sozialverträglichkeit der Energieversorgung	69
d) Pflicht zur Weiterermöglichung der Kernenergienutzung aus dem Kooperationsprinzip?	71
3. Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers bei Prognoseentscheidungen und bei der Wahrnehmung von Schutzpflichten. Kontrolldichte der verfassungsgerichtlichen Überprüfung	72
VIII. Verfassungsrechtliche Anforderungen an ein Ausstiegsgesetz, II: Anwendung der Maßstäbe und Folgerungen	77
1. Anforderungen aus eigentumsrechtlich begründetem Vertrauensschutz der gegenwärtigen Genehmigungsinhaber	77
a) Schutzwürdiges Vertrauen auf den Fortbestand einer günstigen Rechtslage?	77
b) Die Atomwirtschaft als „Privatwirtschaft unter Vorbehalt“	78
c) Bemessung und Gewichtung des Vertrauensschutzes	82
2. Anforderungen aus dem Grundrecht der Berufsfreiheit, Art. 12 Abs.1 GG; Folgerungen	88
a) Berufsfreiheit der Kernkraftwerksunternehmen	88
b) Berufsfreiheit der in Kernkraftwerken Beschäftigten	91
3. Anforderungen aus rechtsstaatlich begründetem Vertrauensschutz wegen „tatbestandlicher Rückanknüpfung“ des Ausstiegsgesetzes	92
IX. Zusammenfassung der Ergebnisse	95

<i>Anhang: Gesetzliche Vorschriften (Auszüge)</i>	99
I. Grundgesetz	99
<i>Artikel 2</i>	99
<i>Artikel 12</i>	99
<i>Artikel 14</i>	99
<i>Artikel 20 a</i>	99
<i>Artikel 74</i>	100
<i>Artikel 87 c</i>	100
II. Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)	100
III. Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) vom 25. März 1957 in der konsolidierten Fassung mit den Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997	104
<i>Artikel 93</i>	104
IV. Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 in der konsolidierten Fassung mit den Änderungen durch den Vertrag von Amsterdam vom 2. Oktober 1997	104
<i>Artikel 28</i>	104
<i>Artikel 29</i>	105
<i>Artikel 30</i>	105

